

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Windelen, Dr. Häfele, Dr. Biedenkopf, Dr. Narjes, Haase (Kassel), Dr. Riedl (München), Glos, Dr. Stavenhagen, Dr. Rose und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/3096 –

Errichtung von Großanlagen für die Verflüssigung und Vergasung von Kohle

Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister für Forschung und Technologie haben mit Schreiben vom 24. August 1979 die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat laut Presseberichten angekündigt, Düsseldorf und Bonn planen ein Milliardenprogramm für die Errichtung mehrerer „Großanlagen“ für die Verflüssigung und Vergasung von Steinkohle. Jedes dieser Werke solle auf eine Jahreskapazität von mindestens 2 Mio t synthetischem Rohöl ausgelegt werden. Die Bauarbeiten sollen nach den Ankündigungen des Ministers im nächsten Jahr (1980) „anlaufen“, so daß nach einer von ihm geschätzten Baudauer von etwa sechs Jahren (d. h. also etwa ab 1986) „im großen Stil“ Kohle in synthetisches Rohöl und sonstige Erdölersatzprodukte verwandelt werde.
Treffen diese Ankündigungen des Ministers zu?
Inwieweit sind die Planungen mit der Bundesregierung abgestimmt?

Zu ihrer Erklärung zur Energiepolitik vom 4. Juli 1979 hat die Bundesregierung angekündigt, daß sie gemeinsam mit der Industrie große Anstrengungen unternehmen will, damit die Erzeugung von Öl, Benzin und Gas aus Kohle in Großanlagen mit aller Kraft und ohne Verzug vorangetrieben wird. Hierzu wird die Bundesregierung Anfang nächsten Jahrs ein Programm vorlegen. Bei der Erarbeitung dieses Programms wird die Bundesregierung eng mit den Regierungen der Bundesländer zusammenarbeiten. Dies ist insbesondere wegen der mit dem Programm verbundenen Standort- und Umweltschutzfragen, aber auch wegen entsprechender Planungen einzelner Bundesländer

erforderlich. Die vom Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen angekündigten Pläne werden dabei miterörtert.

2. Welche Beträge sind für die Errichtung der angekündigten „Großanlagen“ im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 1980 (Baransätze und Verpflichtungsermächtigungen) und im neuen Finanzplan für die Jahre bis 1983 vorgesehen?
Mit welchen Beträgen soll sich das Land beteiligen?

Die Bundesregierung hat seit 1974 für die Entwicklung von Verfahren zur Erzeugung synthetischer Brennstoffe rund 650 Mio DM aufgewendet. Über die zur Durchführung des von der Bundesregierung angekündigten Programms nötigen Finanzmittel wird bei der Ausarbeitung des Programms beraten und entschieden werden.

3. Ab wann hält die Bundesregierung die großtechnische Verflüssigung und Vergasung von Braun- und/oder Steinkohle in der Bundesrepublik für technisch sinnvoll und wirtschaftlich lohnend?

Die Bundesregierung hat am 4. Juli 1979 erklärt, daß sie die Entwicklung der neuen Techniken zur Erzeugung von Gas und Flüssigprodukten für so weit fortgeschritten hält, daß eine beschleunigte großtechnische Anwendung auch bei uns beginnen muß.

Nähere Einzelheiten wird das angekündigte Programm festlegen.

4. In welchem Umfang könnte durch großtechnische Anlagen der Import von Roh- und Erdöl und Ersatzprodukten ersetzt werden?

Über die Größenordnung und die Anzahl der Anlagen zur Erzeugung von Öl und Gas aus Kohle soll im Rahmen des von der Bundesregierung angekündigten Programms entschieden werden. Erst auf dieser Grundlage wird eine Aussage darüber, in welchem Umfang der Import von Rohöl, Erdgas und Fertigprodukten durch Produkte aus großtechnischen Kohleveredlungsanlagen ersetzt werden kann, möglich sein.

5. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die großtechnische Verflüssigung und Vergasung von Braun- und/oder Steinkohle soweit wie irgend möglich beschleunigt werden sollte?
Wenn ja: Hält sie besondere Förderungsmaßnahmen direkter oder indirekter Art für nötig, ggf. welche?
Bestehen Überlegungen, verflüssigte oder vergaste Kohle als Treibstoff anders zu besteuern als Treibstoffe aus Erdöl oder soll trotz unterschiedlicher Energiedichte Benzin aus Kohle genauso besteuert werden wie Benzin aus Erdöl?

Wie die Bundesregierung in ihrer Erklärung zur Energiepolitik vom 4. Juli 1979 dargelegt hat, ist sie der Ansicht, daß die großtechnische Verflüssigung und Vergasung von Braun- und Steinkohle mit aller Kraft vorangetrieben werden muß. Sie geht da-

von aus, daß die jetzt zu planenden Anlagen flankierende Fördermaßnahmen benötigen werden. Über Art und Umfang der Maßnahmen kann erst entschieden werden, wenn Erbauer und Betreiber künftiger Anlagen das technische und wirtschaftliche Risiko der Anlagen und ihre beabsichtigte Risikobeteiligung präzisiert haben.

6. Wie teuer sind aus heutiger Sicht synthetische Erdölprodukte und synthetisches Erdgas
a) aus Braunkohle oder Importkohle,
b) aus deutscher Steinkohle
und wie ist das Verhältnis zu den Preisen für Erdölprodukte und Erdgas?

Die Kosten für gasförmige und flüssige Produkte aus Kohle sind heute kaum verläßlich abzuschätzen. Die Unsicherheit kommt daher, daß es keine kommerziellen Großanlagen gibt, die zu Referenzrechnungen herangezogen werden können. Alle bekannt gewordenen Angaben beruhen auf Schätzungen der Betreiber von Versuchs- und kleintechnischen Anlagen, die die dort gewonnenen Ergebnisse zugrunde legen und auf Großanlagen hochrechnen.

Die Fachleute aus Industrie und Wissenschaft stimmen in der Aussage überein, daß die Kosten für Benzin, Diesel und künstliches Erdgas aus Kohle das Zwei- bis Dreifache der Kosten von Raffinerieprodukten und Naturgas betragen. Mit 50 bis 60 v. H. am Produktpreis haben die Kohleeinsatzkosten wesentlichen Anteil. Dabei liegen die auf Basis deutscher Steinkohle kalkulierten Kosten um 25 bis 30 v. H. über denen auf Braunkohlen- bzw. Importkohlenbasis.

Die Erzeugungskosten von Synthesegas und von Methanol aus Braunkohle nähern sich nach Ansicht der Fachleute den Kosten für die heute übliche Herstellung dieser Produkte aus Erdgas bzw. schwerem Heizöl. Diese Technologie steht an der Wirtschaftlichkeitsschwelle, falls Standorte am Rande des Braunkohlenreviers gefunden werden, da sich ein Transport von Braunkohle über größere Entfernung aus Kostengründen verbietet.

